

Klare Worte von Königin Margarete von Dänemark

»Wer hier lebt, gehört noch lange nicht zu uns«

Veröffentlicht am 28.10.2016 von freiewelt.net

Die nordeuropäischen Königshäuser sind dafür bekannt, dass sie sich in politischen Dingen äußerst bedeckt halten. Königin Magarete von Dänemark bricht mit dieser Zurückhaltung und mischt sich offen in die Migrationsdebatte ein.



[Eric Wüstenhagen/Flickr.com/CC BY-SA 2.0](https://www.flickr.com/photos/ericwuestenhagen/)

Am 15. Januar 2017 kann Margarete II. auf 45 Dienstjahre als Königin von Dänemark zurück blicken. Damit ist sie eine der dienstältesten und vor allem respektiertesten Monarchen Europas und weltweit. In all diesen Jahren hat sie sich mit Äußerungen zu politischen Themen weitestgehend zurückgehalten. Umso größer ist daher das Echo auf ihre jüngst gemachten Äußerungen zu der Migrationsdebatte.

Dabei sorgt ein Satz von ihr für großes Aufsehen:

- **»Es ist kein Naturgesetz, dass jemand zum Dänen wird, nur weil er in Dänemark lebt.«**

Es bedürfe Anstrengungen und der Bereitschaft aller, die mit der Aufnahme von über 15.000 Asylbewerber einhergehenden Herausforderungen zu lösen. Es gehöre schon etwas mehr dazu, als durch die Strassen von Kopenhagen zu gehen, das öffentliche Leitungswasser zu trinken und im Linienbus mitzufahren, um Däne zu werden.

- ◆ Zuvor hatte sich die Königin als Co-Autorin eines Buches bereits zu dieser Debatte geäußert. Die aus Südostasien ankommenden Migranten seien *»aufgeblüht«*, aber jene aus dem Mittleren Osten *»hatten Probleme dabei, in Dänemark ihren Rhythmus zu finden.«*

Wegen dem nicht abebbenden Strom der »Flüchtlinge« ist Dänemark schon vor einigen Monaten dazu übergegangen, wieder Grenzkontrollen einzuführen. Insbesondere die deutsch-dänische Grenze in Schleswig wird nahezu lückenlos überwacht, um illegale Grenzübertritte der quasi unkontrolliert nach Deutschland eingesickerten Migranten nach Dänemark mit Ziel Schweden zu verhindern.

Um die in Dänemark durch die hauptsächlich muslimischen Migranten entstandenen Probleme in den Griff zu bekommen, hat die Regierung ein neues Gesetz erlassen. Dies erlaubt es den Behörden, Wertgegenstände von Migranten zu konfiszieren, um damit die Kosten für Sozialhilfe und die Unterkunft zu decken.